

Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart – Bad Cannstatt

Datum	25. Juli 2016
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:15 Uhr
Ort	Kursaal Bad Cannstatt, Königsplatz 1

Vorsitz	Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung	Herr Kübler

I. Begrüßung durch den Bezirksvorsteher

Herr Bezirksvorsteher Löffler eröffnet die Einwohnerversammlung und begrüßt Herrn Oberbürgermeister Kuhn sowie Bürgermeister Wölfle (Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser), Bürgermeister Pätzold (Referat Städtebau und Umwelt), Bürgermeister Dr. Schairer (Referat Sicherheit und Ordnung), Frau Bürgermeisterin Fezer (Referat Soziales, Jugend und Gesundheit) sowie Herrn Erster Bürgermeister Föll (Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen).

Weiter begrüßt er die Stadträtinnen und Stadträte Rose von Stein (Freie Wähler), Martin Körner (SPD), Dr. Markus Reiners (CDU), Marita Gröger (SPD), Björn Peterhoff (Bündnis90/Die Grünen), Andrea Münch (Bündnis90/Die Grünen) und Fritz Currle (CDU) sowie die anwesenden Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Er freue sich auf eine rege Diskussion und übergibt das Wort dem Oberbürgermeister.

II. Rede von Oberbürgermeister Kuhn

Oberbürgermeister Kuhn begrüßt die Bürgerinnen und Bürger und gibt einleitend einen Ausblick auf die aktuellen Entwicklungen im Stadtbezirk Bad Cannstatt. Seit 2010 habe der Stadtbezirk knapp 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner dazu gewonnen; mit einem Durchschnittsalter von 40,7 Jahren ist der Stadtbezirk etwas jünger als die Gesamtstadt. Viele Menschen möchten im Stadtbezirk leben und sorgen für ein gesichertes Wachstum des Bezirks.

Für das bürgerschaftliche Engagement gebe es sehr gute Voraussetzungen. Als Beispiele nennt er den Abendmarkt, das Brezelfest und die Zukunftswerkstatt, welche auch im Gemeinderat große Beachtung finden. Es gebe viele positive Entwicklungen im Stadtbezirk, wie die Soziale Stadt Hallschlag, die seiner Einschätzung nach sehr erfolgreich sei und eine Aufwertung des Hallschlags gebracht habe. Die verbesserten Verkehrsbedingungen, wie die Stadtbahn U12, würden einen positiven Beitrag hierzu leisten. Es habe sich insgesamt eine positive und gelungene Veränderung ergeben. Mit dem teuer renovierten Kursaal wurde ein Ort geschaffen, der alle Erwartungen übertreffe und von vielen Vereinen, Privatleuten und von der Stadtverwaltung selbst gebucht werde. Er selbst höre immer wieder positive Rückmeldungen über die Veranstaltungen im Kursaal. Die Investition habe sich gelohnt. Insbesondere, da sich der Kursaal zu einem anerkannten Treffpunkt für die Bevölkerung aus Bad Cannstatt und darüber hinaus entwickelt habe.

Das Thema Stadt am Fluss werde sehr intensiv diskutiert. Man erarbeite derzeit unter Federführung des Baubürgermeisters Herrn Pätzold einen Masterplan, der die Frage untersuche, wie, an welchen Stellen und mit welcher Konzeption die Stadt an den Fluss geführt werden könne. Er stelle sich eine Art Perlenkette von Hedelfingen bis Münster und zum Max-Eyth-See vor, die viele Punkte der Stadt Stuttgart systematisch an den Neckar heranführt.

Die Wasenquerung werde diskutiert und soll für die künftigen Bewohner des Neckar-Parks und die im Veielbrunnengebiet wohnenden Menschen den Zugang zum Wasen ermöglichen. Die Bevölkerung soll am Neckar verweilen können mit einer hohen Aufenthaltsqualität.

Das Wasenufer soll ebenfalls gestaltet und mit vielen Sitzmöglichkeiten versehen werden, damit die Menschen dort verweilen können. Die Geh- und Radwege sollen dabei getrennt verlaufen.

Am Hechtkopf und vielen anderen Orten würden Veränderungen geprüft; zusammenfassend könne man sagen, dass die Stadtverwaltung ihre Planungen dahingehend ausrichtet, wo immer die Möglichkeit bestehe, einen Zugang zum Neckar zu bekommen. Als Beispiel nennt er das Lindenschulviertel in Untertürkheim.

Bezüglich der Flüchtlingssituation führt er aus, dass es in Bad Cannstatt 25 Unterkünfte mit 1404 Plätzen gebe, von denen derzeit 1105 belegt sind.

Es sei eine große Anstrengung für die Bürgerinnen und Bürger der ganzen Stadt und des Stadtbezirks gewesen, die Menschen ordentlich und gut unterzubringen. Das sei nicht einfach gewesen, aber die Stadt habe sich entsprechend ihrer Tradition angestrengt, Menschen in Not aufzunehmen. Dies sei aus seiner Sicht sehr gut gelungen. Der 'Stuttgarter Weg' mit einer dezentralen Unterbringung und guten Betreuung der Menschen durch die Zivilgesellschaft vor Ort habe sich als stabil und belastbar erwiesen. Dies sei nicht einfach, aber man könne darauf stolz sein, es geschafft zu haben und er danke allen Menschen, die zur Integration und Organisation der Aufnahme der Flüchtlinge vor Ort beitragen. Diese Arbeit sei unverzichtbar.

Wichtig sei ihm im Zusammenhang mit den Ereignissen in München, Ansbach und anderswo, dass es hier kein einheitliches Schema gebe, sondern die Taten unterschiedlich begründet seien. Man tue in Stuttgart in Abstimmung mit der Polizei alles, was zur Verbesserung der Sicherheit beiträgt, vor allem bei größeren Veranstaltungen. Eine hundertprozentige Sicherheit könne es nicht geben, aber er versichere, dass die Polizei und die Stadtverwaltung für die Sicherheit alles erdenkliche tun werden.

Das öffentliche Leben in Stuttgart mit vielen Veranstaltungen solle man sich jedoch nicht verbieten lassen. Man sollte stolz und selbstbewusst das öffentliche Leben in der Stadt aufrechterhalten. Sofern es in diesem Zusammenhang polizeiliche Erkenntnisse gebe, werde man dies ruhig und ohne Hysterie prüfen und sofort entsprechende Maßnahmen ergreifen. Es müsse klar sein, dass der Rechtsstaat gelte.

Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Türkei weist er darauf hin, dass die dortigen Auseinandersetzungen in Stuttgart nichts 'verloren' haben. Man könne nach entsprechender Anmeldung demonstrieren aber nur gewaltfrei, dies sei ein Grundprinzip des demokratischen Rechtsstaats.

Erfreulich sei die insgesamt Entwicklung des Marktplatzes. Im kommenden Jahr wolle man den neuen Brunnen einweihen. Das Bezirksrathaus sei schön renoviert worden, trotz der vorhandenen Risse.

Sorgen bereitet ihm in Bad Cannstatt vor allem die Einkaufsinfrastruktur. Diese sei zwar in Bad Cannstatt noch besser wie andernorts, dennoch hapere es an manchen Stellen. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass er Beschlüsse aus früheren Jahren, wie beispielsweise die Errichtung des Milaneos, für die Gesamtentwicklung der Stadt für ungünstig halte. Die Errichtung dieser großen Kaufhäuser ziehe die Kaufkraft aus den Stadtbezirken ab. Man könne dies im Cannstatter Carré erkennen. Rückgängig machen könne und werde man die Beschlüsse allerdings nicht. Man müsse jetzt das Beste daraus machen.

Wichtig sei, dass in der Altstadt ein Prozess des downsizings der Geschäftsqualität verhindert werde. Die Zukunftswerkstatt und die Stadtverwaltung seien mit der Wirtschaftsförderung aktiv, um dieser Entwicklung gegensteuern zu können. Dabei sei es bedeutsam, dass man wann immer möglich in Bad Cannstatt einkaufe. Die Frage der Infrastruktur sei seiner Ansicht nach auch immer eine Frage der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Insgesamt mache ihm und der Verwaltung die derzeitige Infrastruktur-Entwicklung Sorgen; eine weitere negative Entwicklung müsse verhindert werden.

Ein wichtiges Thema, das auch die gesamte Stadt betreffe, sei die Frage des Verkehrs. Seiner Meinung nach gebe es zu viele Autos auf den Straßen. Überall gebe es Stau und in vielen Teilen eine Stickoxidbelastung. Am Neckartor habe man hohe Feinstaubwerte, die über die Grenzwerte hinausgehen; an anderen Messstellen habe man eine Verbesserung der Werte erreichen können, sodass die Grenzwerte eingehalten werden. Er spreche sich schon seit längerer Zeit für eine Reduzierung des Autoverkehrs um 20 % in der Stuttgarter Innenstadt aus; dies betreffe auch die Zuläufe wie zum Beispiel über die Nürnberger Straße aus Fellbach kommend. Eine solche Reduzierung wäre erstrebenswert, um Stau- und Lärmbelastungen zu reduzieren. Man arbeite daran und wolle Schritt für Schritt einen Rückgang des Verkehrs auf der Straße erreichen. Ein wichtiger Punkt, auf den geachtet werden sollte, sei hierbei der vermehrte Einsatz von Autos mit verbesserten Motoren wie beispielsweise im Rahmen

der stickoxidfreien Elektro-Mobilität. Zum Thema Fahrrad führt er aus, dass Stuttgart im deutschlandweiten Vergleich einen sehr schlechten Anteil von Radverkehr am „modal split“ (Aufteilung der verschiedenen Verkehrsträger) habe. Lediglich 5 % Radverkehr sei aus seiner Sicht deutlich zu wenig. Andere Städte hätten einen Anteil von 20 oder 25 %. Er weist darauf hin, dass man im Zeitalter des Pedelecs auch bergiges Gelände überwinden könne und dies daher nicht mehr als Ausrede diene. In der 'Autostadt' Stuttgart gehe eine Erhöhung des Radverkehrs nur durch den Bau weiterer Radwege. Fahrradfahren müsse als Ganzes sicherer gemacht werden, wofür entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt worden seien.

Dies werde wohl nicht ganz konfliktfrei ablaufen. Er habe die Diskussionen um die Errichtung der Hauptradroute 1 von Vaihingen nach Fellbach genau verfolgt. Zur Erhöhung des Radwegeanteils gebe es aus seiner Sicht aber keine Alternative.

Zur Verkehrsentwicklung an der Nürnberger Straße führt er aus, dass man vor Einweihung des Kappelbergtunnels 46.500 Fahrzeuge am Tag gezählt habe. Danach sei ein Rückgang auf 21.000 Fahrzeuge feststellbar gewesen. Im Laufe der Jahre habe sich die Zahl wieder auf 30.000 erhöht. Mit dem Radwegebau und der Entwicklung der letzten Jahre sei jedoch wieder einen Rückgang um 5.000 Fahrzeuge auf 25.000 erreicht worden.

Man benötige, und das gelte in allen Stadtteilen, ein vernünftiges Miteinander zwischen allen Verkehrsteilnehmern und einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. In diesem Zusammenhang und im Rahmen der Überlegungen zur Verbesserung der Feinstaub- und Stickoxidwerte gibt er bekannt, dass man nach Beratungen mit der SSB neben dem Ausbau der Stadtbahnlinie U12 von Dürtlewang nach Remseck, welche Mitte des kommenden Jahres eingeweiht werde, ab 15. Oktober auch eine Linie U19 von Neugereut zum NeckarPark einrichten werde. Damit könne eine bessere Vertaktung der U2 bis zum Wilhelmsplatz und zurück erreicht werden. Dies stelle eine signifikante Verbesserung des Stadtbahnverkehrs für Bad Cannstatt dar. Er appelliert dieses zusätzliche Angebot auch anzunehmen.

Die Linie U13 von Giebel nach Hedelfingen werde auch in der Hauptverkehrszeit auf einen 7,5-Minuten-Takt umgestellt. Ab 2019 werde es eine neue Linie U16 von Fellbach nach Giebel im 10-Minuten-Takt geben. Auch dies stelle eine Verbesserung dar. Mit diesen Maßnahmen könne ein Rückgang des Autoverkehrs erreicht werden, welcher vor allem auch für Bad Cannstatt eine erhebliche Verbesserung darstelle. Die in diesem Kontext künftige Ausgestaltung des Wilhelmsplatzes müsse separat noch ge-

nauer betrachtet werden und vernünftig und gefahrenfrei umgesetzt werden. Dies sei nicht ganz einfach.

Zum Thema Wasen führt er aus, dass es vor allem in Zeiten des Volks- und Frühlingsfestes, immer wieder Konflikte aufgrund von Lärmbelästigungen sowie Zufahrts- und Parkproblemen gebe. Man habe zwar bereits Verbesserungen erreicht, arbeite aber weiter daran die Belastungen vernünftig zu begrenzen. Auch die Traditionspflege wie das Cannstatter Volksfest würden zu einer Stadt gehören.

Bad Cannstatt sei aus seiner Sicht insgesamt ein Stadtteil mit hoher Lebensqualität und großer Vielfalt, trotz einiger Schwierigkeiten in der Stadtbezirkentwicklung.

Die anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und er wollen den Sorgen und Problemen der Einwohnerinnen und Einwohner nun Gehör schenken und er fordert die Anwesenden auf, sich zu beteiligen. Er verspricht, die wichtigsten Punkte aufzunehmen und zu bearbeiten.

Nr.	Wortmeldung	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Wenn man mit dem Auto vom Wilhelmsplatz stadtauswärts fährt, ist die Straße aufgrund des Radwegs nur noch einspurig befahrbar. Dies führe jeden Tag zu Staus in beiden Richtungen, was eine zusätzliche Abgasbelastung verursache. Ein Bürger regt an, den Radweg auf den Fußweg zu verlagern.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8

2	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Eine Bürgerin sei dankbar für den Radweg nach Fellbach und fragt nach den konkreten Zielen der Stadt, in welchem Zeitabschnitt wie viel Prozent Verkehr auf das Rad verlagert werden sollen.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	---	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

3	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Eine Bürgerin vermeide den Hauptradweg, da er unangenehm zu fahren sei. In ihren Augen sei der Radweg nur ein Alibi zur Straßenverengung. Sinnvoller wäre gewesen den Radweg anders zu führen, zumal man auch die Abgase einatmen müsse. Die Bürgerin fahre lieber parallel zum Radweg an der Liebfrauenkirche vorbei, wobei dies auch nicht unkritisch sei, da dort viele Schüler unterwegs seien.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	---	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

4	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Da die Geschwindigkeiten in Bad Cannstatt oft nicht eingehalten werden, solle man mehr kontrollieren. Die Bürgerin fahre jeden Tag mit dem E-Bike zur Arbeit und da sie keinen Keller habe, bittet sie darum, dass diebstahl- und wettergeschützte Radabstellplätze von der Stadt zur Verfügung gestellt werden.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	---	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

5	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Ein Bürger begrüße den Ausbau des Radwegenetzes. Man müsse aber auch dafür Sorge tragen, dass die Radfahrer dann tatsächlich auch auf dem Radweg fahren.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	---	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

6	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Ein Bürger fahre jeden Tag mit dem Rad nach Waiblingen. Dennoch finde er es unverständlich, dass man in einer der staureichsten Städte Deutschlands eine Fahrspur zugunsten eines Radfahrwegs wegfallen lasse. Dies produziere noch mehr Stau wie ohnehin bereits vorhanden.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	---	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

7	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Der Radweg nach Fellbach sei der Ansicht einer Bürgerin nach nicht attraktiv, da man neben den Autos vorbei in schlechter Luft fahren müsste. An der Bahnlinie entlang und über die Felder wäre angenehmer. Außerdem ist es gefährlich, wenn sich Autofahrer und Radfahrer wie in der schmalen Daimlerstraße eine Spur teilen müssen.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	--	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

8	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Der Verkehr suche sich wegen des Radwegs andere Wege, auch in Gebieten, die bisher nicht vom Verkehr belastet gewesen seien. Dies sei konfliktrichtig. Man sehe auch, dass es mehr Stau gebe, teilweise bis zum Burger King. Der Ansicht des Bürgers nach müsse man die Errichtung des Radwegs rückgängig machen.</p>	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8	siehe Ausführungen nach Nummer 8
---	--	----------------------------------	----------------------------------	----------------------------------

	Schriftlich fragt der Bürger an, wann die U-Bahn von Giebel nach Fellbach eingerichtet werde, dies solle so schnell wie möglich geschehen.	siehe Ausführungen des Oberbürgermeisters	X	
--	---	---	---	--

Bürgermeister Pätzold weist darauf hin, dass es die Diskussionen bezüglich der Radwege, insbesondere bezüglich des Radweges an der Waiblinger Straße schon länger gebe. Es gebe ein Radwegeverkehrskonzept der Stadt Stuttgart, in dem es vor allem darum gehe, das Radroutennetz für Alltagsradler dahingehend auszubauen, dass die Routen direkt, sicher und ganzjährig benutzbar sind. Aus diesem Grunde werden die Radwege auch entlang der Hauptverkehrsstraßen gebaut. Diese Wege hätten die wenigsten Steigungen und seien die direkte Verbindung. Deshalb gebe es auch die Hauptradroute 1, die quer durchs Tal auch durch Cannstatt führe. Er könne verstehen, dass manche Radfahrer ungern an der dicht befahrenen Hauptstraße fahren möchten, aber es gebe sehr viele, die das Angebot annehmen würden.

Es werde auch propagiert, eine Trennung von Rad- und Fußweg vorzunehmen, da die Mischung auch Probleme verursache. Aus diesem Grunde könne und wolle man auch den Radverkehr nicht auf den Fußgängerweg verlegen. In einer dicht bebauten Stadt seien die Flächen knapp. Deshalb müsse man überlegen, wie diese Flächen auf die Verkehrsteilnehmer verteilt werden können. In der Waiblinger Straße habe man sich deshalb entschieden, eine Fahrspur wegzunehmen, um einen Radweg einzurichten.

Dieser Radweg diene dazu, den Radverkehr zu stärken und mehr Radfahrer dorthin zu bekommen.

Es habe sich gezeigt, dass Radschutzstreifen, also die Führung direkt auf der Straße, sicherer seien als Radwege hinter parkenden Autos. Spätestens wenn eine Einmündung oder eine Hofeinfahrt komme, könne es gefährlich werden.

Man habe vor, mehr sichere Abstellanlagen für E-Bikes zu schaffen. Durch die Änderung der Landes-Bauordnung müssten bei Neubauten entsprechend gut zugängliche Radabstellplätze nachgewiesen werden. Dies stelle eine deutliche Verbesserung dar. Wo es möglich ist, versuche man im öffentlichen Raum sichere Abstellanlagen zu schaffen.

Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, dass man seiner Überzeugung nach eine neue Übereinkunft zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern benötige, die auf gegenseitiger Rücksichtnahme beruhe. Dies gelte auch für Radfahrer gegenüber Fußgängern. Man prüfe auch die sinnvolle Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zum Beispiel vor Schulen. Ein gutes Verhältnis aller Verkehrsteilnehmer sei wichtig. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Verbesserungen bei der Stadtbahn. Auch die Pünktlichkeit der S-Bahn müsse verbessert werden, dort müsse die Bahn für Verbesserungen sorgen.

9	<p><u>Thema:</u></p> <p>Parkplätze</p> <p>Ein Bürger wohne im Muckensturm und an der Haltestelle Hauptfriedhof der U 2 habe man auf der linken Seite eine große Fläche für Autos geschaffen. Mittlerweile stünde ein großer Travertinblock auf der Fläche, so dass der Platz nicht mehr von Autos benutzt werden könne. Deshalb würden die Autos nun auf der Ferdinand-Hanauer-Straße und vor dem Kindergarten abgestellt. Die SSB sollte seiner Ansicht nach die Fläche für die Autos frei machen zum Parken. Er bittet um Prüfung.</p>	Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung zu.	<p>X</p> <p>(Antwort bereits erhalten)</p>	
---	--	---	--	--

10	<p><u>Thema:</u></p> <p>Wasen / Verkehr</p> <p>Wenn Großveranstaltungen aller Art auf dem Wasen beendet sind, komme es jedes Mal zu Problemen beim Ausfahren vom Gelände, da es nur eine einzige Ausfahrt gebe. Dies würde für viel Ärger bei Besu-</p>			Ref. SOS
----	--	--	--	----------

	<p>chern sorgen und man sollte nach Verbesserungen beim Ablauf suchen.</p> <p>Der Bürger unterstreicht, dass mehr Rücksichtnahme unter den Verkehrsteilnehmern erforderlich sei. Er wohne in der Daimlerstr. am Cannstatter Carré und beobachte täglich, dass es erhebliche Probleme gebe. Er regt an, 2 Schilder an der Daimlerstr. Anzubringen, damit auf die Ausfahrt aus der Tiefgarage geachtet werde.</p>			
--	--	--	--	--

11	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Radwege</p> <p>Ein Bürger hält die Zielvorgabe von 20 % mehr Radverkehr für richtig und notwendig. Auch er plädiert für ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer.</p> <p>Er finde es richtig, dass auf der alten B14 ein Radweg eingerichtet wurde, da der Autoverkehr dadurch seiner Beobachtung nach auch entschleunigt wurde. Zu verbessern sei die Situation an der Ecke Waiblinger Str. / Taubenheimstr. stadteinwärts. Dort sei der Radweg auf eine Breite von 60 – 80 cm reduziert worden. Dies stelle einen Gefahrenpunkt dar und er bittet die Gremien eindringlich, diesen zu entschärfen,</p>	siehe Ausführungen nach Nr. 13	X	
----	--	--------------------------------	---	--

	<p>damit kein Unfall passiere; er habe schon mehrere brenzlige Situationen dort erlebt.</p> <p>Außerdem spricht er sich für einen durchgehenden Radweg auch über den Wilhelmsplatz aus. Man solle dort eine Fahrspur für Autos reduzieren, damit auch stadteinwärts ein durchgehender Radweg entsteht. könne.</p>			
--	---	--	--	--

<p>12</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / Stadtbahngleise</p> <p>Ein Bürger spricht sich für eine Untertunnelung der Waiblinger Straße aus volkswirtschaftlichen Gründen aus. Dies würde Zeit und Sprit sparen. Er bittet, dies zu prüfen.</p> <p>Seiner Beobachtung nach gebe es einen erheblichen Rückstau auf der Waiblinger Straße stadteinwärts. Grund sei, dass der Kreisverkehr am Daimlerplatz einen erheblichen Rückstau in Richtung Waiblinger Straße verursachen würde. Dies müsse geändert werden.</p> <p>Er kritisiert, dass auf den Gleisen der Stadtbahn jährlich etwa 300.000 Liter Unkrautvernichtungsmittel von</p>	<p>siehe Ausführungen nach Nr. 13</p> <p>Antwort durch Stadtverwaltung</p>	<p>siehe Ausführungen nach Nr. 13</p>	<p>siehe Ausführungen nach Nr. 13</p> <p>Ref. StU</p>
-----------	---	--	---------------------------------------	---

	der Stadt Stuttgart versprüht werden. Dies müsse man seiner Meinung nach ändern, es müsse andere Möglichkeiten wie Unkrautvernichtungsmittel geben.			
--	---	--	--	--

13	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr / City Maut</p> <p>Ein Bürger regt an, zur weiteren Reduzierung des Autoverkehrs zu prüfen, eine City-Maut einzuführen. Man müsse an die Gesundheit der Menschen denken und der Klimaschutz sei auch ein wichtiges Thema.</p>	siehe Ausführungen nach Nr. 13	siehe Ausführungen nach Nr. 13	siehe Ausführungen nach Nr. 13
----	---	--------------------------------	--------------------------------	--------------------------------

Herr Bürgermeister Pätzold weist darauf hin, dass es sehr schwierig sei, Lösungen zu finden, die alle befriedigen. Man müsse Kompromisse schließen. Der Radschutzstreifen an der genannten Stelle mit einer Breite von 60 cm stelle keine optimale Lösung dar. Aber aus Platzmangel sei dies dort eine Kompromisslösung.

Zum Wilhelmsplatz führt er aus, dass man sich bei einer Umgestaltung genau überlegen müsse, wie man das angehe und was machbar ist. Man habe den Radweg im Moment noch nicht verlängert, da dies ein großes Verkehrsproblem aufwerfen würde. Man sei aber dabei zu überlegen, welche Maßnahmen zu einer Verbesserung der Radwegführung möglich sind. Zum Vorschlag, einen Tunnel unter die Waiblinger Straße zu bauen erinnert er an den Bau des Kappelbergtunnels, der den Durchgangsverkehr aus Bad Cannstatt fernhalten soll. Auch beim Bau eines Tunnels gebe es Probleme, da die Waiblinger Straße eine Erschließungsfunktion habe und man mehrere Tunnelabfahrten und –auffahrten bauen müsste. Ein Vorteil sei nicht gegeben.

Zur Situation Waiblinger Straße und Nürnberger Straße gibt er zu bedenken, dass an diesen dicht befahrenen Straßen Menschen leben, die von Lärm und Luftbelastung betroffen sind. Dies ergebe sich auch aus den entsprechenden Belastungskarten. Diese Probleme könne man nur verbessern, wenn man den öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr stärkt und ausbaut und Autofahrer, die nicht unbedingt mit dem Auto in die Stadt fahren müssen, ein entsprechendes attraktives Angebot zum Umstieg macht.

<p>14</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Flüchtlinge</p> <p>Ein Bürger sei in der Flüchtlingsarbeit engagiert und ihm sei aufgefallen, dass es in den letzten Monaten zu vermehrten Polizeieinsätzen gegen Flüchtlinge in den Unterkünften, Ausländerbehörde und auch Schulen gekommen wäre. Deshalb frage er sich, ob dies eine neue Willkommenskultur darstelle.</p> <p>Weiter kritisiert er, dass Migration und Integration bei Oberbürgermeister Schuster noch ‚Chefsache‘ gewesen sei und dieses Thema jetzt beim Sozialbürgermeister angesiedelt wäre. Er möchte wissen, in wie weit bei Abschiebungen Integrationswille und erfolgreiche Integration überhaupt berücksichtigt werden. Der Oberbürgermeister habe gesagt, dass eine gelungene oder gute Integration kein Grund sein könne, jemanden nicht abzuschicken. Er frage sich, was er von dieser Aussage halten soll.</p>	<p>Zum Thema Integrationspolitik weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass er in Polizeieinsätzen in Flüchtlingsunterkünften keine Polizeiwilkkür sehe, dies weise er nachdrücklich zurück. Es gebe entsprechende Fahndungsmaßnahmen oder auch die Leitungen der Unterkünfte würden die Polizei rufen. In diesen Fällen müsse die Polizei aktiv werden, auch in Verdachtsfällen.</p> <p>Integrationspolitik sei in Stuttgart weiterhin ‚Chefsache‘, das Thema soziale und gesellschaftliche Integration sei künftig in einem Referat vereint. Er sehe eine Aufwertung der Integrationspolitik. Das genannte Zitat könne er nicht bestätigen.</p> <p>Im Übrigen fielen Abschiebungen nicht in die Zuständigkeit der Stadt Stuttgart. Er weist darauf hin, es gebe bei der Stadt auch Programme, die die freiwillige Rückkehr unterstützen würden.</p> <p>Herr Dr. Schairer ergänzt, dass die in den Zeitungen genannten Fälle keine Abschiebungen in Kriegsgebiete betroffen haben.</p>	<p>X</p>	
-----------	--	---	----------	--

		Die Menschen seien in die Länder zurückgebracht worden, in denen sie zuerst angekommen waren: In einem der genannten Fällen sei es Spanien gewesen. Es sei rechtsstaatlich und unter humanitären Gesichtspunkten alles korrekt abgelaufen.		
--	--	--	--	--

15	<p><u>Thema:</u></p> <p>Stadt am Fluss / Radwege</p> <p>Man müsse auch über die Verbindung der Altstadt Bad Cannstatts zum Neckar reden, dies sei ein wichtiges Thema, da die vorhandene Ringstraße die Altstadt vom Fluss stark trennen würde.</p> <p>Zum Radweg Waiblinger Straße gibt der Bürger zu bedenken, dass die Akzeptanz aufgrund der fehlenden Weiterführung Richtung Schlosspark über die König-Karl-Brücke nicht gegeben sei. Auch gestalterische Elemente wie Straßenbelag oder Begrünung würden fehlen und könnten zur Akzeptanz beitragen.</p> <p>Man hätte auch im Zuge der Maßnahmen die Querungen in der Waiblinger Straße mit beachten sollen.</p> <p>Er kritisiert ebenfalls die Verkehrssituation am Daimlerplatz in Verbindung zum Carré. Dies hätte man al</p>	<p><i>siehe Anmerkung nach Nr. 17</i></p>	X	
----	---	---	---	--

	les im Radwegekonzept vorab mit beachten sollen.			
--	--	--	--	--

16	<p><u>Thema:</u></p> <p>Autoverkehr</p> <p>In dem Wohngebiet Taubenheimstraße / Deckerstraße sei eine erhebliche Verkehrszunahme mit entsprechender Lärmbelastigung festzustellen, vor allem durch Baustellen. Viele Autos würden der Einschätzung des Bürgers nach auch zu schnell fahren. Er bittet um nochmalige Prüfung, ob im Gebiet eine Blitzanlage installiert werden könne.</p>	siehe Anmerkung nach Nr. 17	X	
----	--	-----------------------------	---	--

17	<p><u>Thema:</u></p> <p>Stadtbahn / Autoverkehr</p> <p>Ein Bürger wünscht sich aufgrund der Lautstärke, die die Stadtbahnlinie U 2 in der Kurve zur Endhaltestelle verursachen würde, eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Die Linie solle auch nach Schmiden verlängert werden, damit der P+R-Verkehr reduziert werde. In</p>			Ref. SOS SSB
----	--	--	--	-----------------

	<p>der Steinhaldenstraße würden die Autos viel zu schnell fahren, man sollte Tempo 30 wie im restlichen Gebiet von Steinhaldenfeld ausweisen.</p> <p><u>Thema:</u></p> <p>Sanierung Turn- und Versammlungshalle</p> <p>Die Turn- und Versammlungshalle Steinhaldenfeld müsse dringend saniert und renoviert werden; die Halle werde von vielen Kindern und auch behinderten Kindern genutzt.</p> <p><u>Thema:</u></p> <p>Wilhelmsplatz</p> <p>Der Wilhelmsplatz sei für ihn eine „Schande“. Er wünsche sich eine große Fußgängerzone von der Altstadt über den Wilhelmsplatz. Durch eine mögliche Überdeckung könnten Radfahrer und Fußgänger oben bleiben und die Autos etwas tiefer fahren.</p>			<p>Ref. StU</p>
--	---	--	--	-----------------

Man müsse an manchen Stellen noch überlegen, wie man die Querungen über die Trennwirkung der Straße hinbekommt, so **Herr Pätzold**. Die Weiterführung des Radwegs über die König-Karl-Brücke sei im Moment suboptimal, was aber auch an den vorhandenen Baustellen liege. Dies betreffe derzeit allerdings alle Verkehrsteilnehmer. Er erwarte aus der Zukunftswerkstatt Bad Cannstatt einige Vorschläge im Bezug auf Städtebau und Verkehr.

Herr Dr. Schairer führt aus, dass es in Stuttgart insgesamt 1500 km Straßen gebe, wovon 1000 km mit Tempolimits ausgestattet seien, insgesamt gebe es 240 Zonen.

Die restlichen 500 km dienen dazu, den gewaltigen Verkehr aufrecht zu erhalten. Man habe überall, wo die Möglichkeit bestand, flächendeckend Tempo 30 eingerichtet, vor allem in Wohngebieten. Man diskutiere derzeit, im Zuge des Luftreinhalteplans an Steigungsstrecken Tempo 40 einzurichten. Dies soll an Stellen erfolgen, an denen es möglich ist, Sinn macht und die Luftbelastung entsprechend hoch sei.

Er weist darauf hin, dass man eine Gruppe für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung im Einsatz habe und an Unfallstellen gebe es auch eine fest installierte Überwachung. In entsprechenden Gebieten gebe es auch Verkehrszählungen, um die Belastungen festzustellen. Außerdem sei zu diskutieren, ob man ein paar Geschwindigkeitsmessgeräte mehr installiere.

Man könne aus seiner Sicht aber nicht alle Straßen mit Blitzer ausstatten.

Herr Oberbürgermeister Kuhn ergänzt, dass die Verkehrsprobleme in Bad Cannstatt viel geringer wären, wenn der Verkehr vor allem aus Fellbach und Waiblingen nicht durch Cannstatt fahren würde. Man wolle mit der Region, den Landkreisen und dem Land die Verkehrskonzeption der gesamten Region Stuttgart neu ordnen. Dazu bräuchte es auch viel mehr regelmäßige Metropolexpresszüge zum Beispiel aus Heilbronn oder Reutlingen. Dazu habe man auch neu geregelt, dass die P+R-Plätze in der Region verbessert und vereinheitlicht werden. Ideal wäre es, wenn die Menschen in der Region die P+R-Plätze nutzen und dann in die Stadtbahn oder S-Bahn einsteigen würden.

18	<p>Der Bürger mit dem Beitrag Nr.14 präzisiert seine vorherigen Aussagen, dass es ihm um die Verhaftungen von Flüchtlingen in der Ausländerbehörde, in Flüchtlingsunterkünften und Schulen gehe. Er sehe Spanien nicht als sicheres Herkunftsland an.</p>	<p>Der Oberbürgermeister verweist in diesem Zusammenhang auf die geltenden europäischen und deutschen Rechtsgrundlagen, die zu beachten seien. Abschiebungen finden auf Grundlage aktuell geltenden Rechts statt.</p>		
----	--	---	--	--

19	<p><u>Thema:</u></p> <p>Wohnungen / Mieten</p> <p>Aus der Sicht einer Bürgerin sei ein Hauptproblem für die Stuttgarter Bevölkerung die Wohnungsnot und die hohen Mieten. Nach ihrer Kenntnis würden 11.400 Wohnungen in Stuttgart leer stehen. Auch in Bad Cannstatt gebe es leerstehenden Wohnraum, zum Beispiel eine Villa in der Rommelstr. 4; sie möchte wissen, wie viel Bußgelder die Stadt Stuttgart im Rahmen des Zweckentfremdungsverbots bereits verhängt hat. Sie kritisiert, dass die SWSG erhebliche Gewinne zu verzeichnen, aber der Wohnungsbestand sich in den letzten 10 Jahren verringert habe. Die Gesellschaft würde laufend die Mieten erhöhen und keinen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Im Hallschlag könnten sich die Rentner die neu</p>	<p>Herr Bürgermeister Föll bestätigt, dass die SWSG Überschüsse erziele. Diese Überschüsse fließen in die Modernisierung und Neubau von Wohnraum. Dieser Wohnraum werde in der Regel bis zu 20 % unter dem Mietspiegel vermietet. Die SWSG setze die Mittel ein, um preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Man betreibe im Hallschlag keine Wohnungsbaupolitik für Besserverdienende, sondern für die breite Bevölkerungsschicht. Man baue sowohl Sozialwohnungen, wie auch frei finanzierten Wohnraum. Das Thema Leerstand von Wohnungen habe der Oberbürgermeister</p>	X	
----	--	--	---	--

	<p>gebauten Wohnungen nicht mehr leisten. Auch Verkäufer, Erzieher und Krankenschwestern könnte diese Mieten ebenfalls nicht mehr bezahlen. Aus ihrer Sicht müssten sich auch Gering- und Normalverdiener noch eine Wohnung leisten können. Dies sei vorrangige Aufgabe der SWSG.</p>	<p>aufgegriffen und der Gemeinderat hat ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum erlassen. Bis jetzt seien noch keine Bußgelder verhängt worden, was auch nicht erstes Ziel dieses Zweckentfremdungsverbots sei. Ziel wäre, mit den Wohnungsinhabern ins Gespräch zu kommen, um die betreffenden Wohnungen wieder auf dem Markt zur Vermietung anzubieten. Zum ehemaligen Offizierskasino in der Rommelstraße weist er darauf hin, dass diese Liegenschaft dem Bund gehöre und bisher nicht als Wohnraum genutzt wurde und damit nicht unter das Zweckentfremdungsverbot falle. Der Bund suche einen Käufer, über den aktuellen Verfahrensstand könne er nichts sagen.</p> <p>Herr Oberbürgermeister Kuhn beschreibt die Stuttgarter Wohnungsprobleme dahingehend, dass im Moment mehr Leute in Stuttgart Wohnraum suchen, wie tatsächlich zur Verfügung gestellt werden könne. Man habe auch Probleme, bezahlbaren Wohnraum, für Normalverdiener, vor allem mit Kindern, anzubieten. Man wolle systematisch dafür sorgen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Es würde seiner Ansicht nach auch helfen, wenn andere Gemeinden in der Region</p>		
--	---	---	--	--

		sozialen Wohnungsbau fördern würden und nicht nur Eigenheimbaugelände ausweisen würden.		
--	--	---	--	--

20	<p><u>Thema:</u></p> <p>Hortplätze im Burgholzhof</p> <p>Auf dem Burgholzhof gebe es eine Grundschule und 2 Kindergärten mit Hort und man habe das Problem, das Hortplätze reduziert werden. Der Bürger wünscht den Ausbau der Hortplätze, da auch sein Kind davon betroffen sei. Man habe ihm eine Kernzeitbetreuung mit 60 Kindern und 3 Aufsichtspersonen angeboten. Da zwei der Aufsichtspersonen der deutschen Sprache nicht mächtig seien, sieht er dies kritisch. Er möchte eine ordentliche pädagogische Betreuung für sein Kind erreichen.</p> <p>Der Bürger weist ergänzend darauf hin, dass in der Schule auf dem Burgholzhof bereits die Hortplätze abgebaut werden, ohne dass es einen Termin für eine Ganztagschule geben würde. Die Antwort empfinde er als zu pauschal.</p>	<p>Frau Bürgermeisterin Fezer weist auf den Grundsatzbeschluss hin, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Man wolle auch eine bestmögliche pädagogische und freizeitpädagogische Betreuung für die Kinder erreichen.</p> <p>Sofern sich die Schulkonferenz einer Schule darauf verständigt, ein Ganztagsangebot mit ausreichenden Plätzen anzubieten, reduziere man nach und nach das Angebot an Hortplätzen. Ziel sei weiterhin die Nachmittagsbetreuung der Kinder, jedoch mit Schaffung einer anderen Lösungsmöglichkeit. Nicht leistbar sei, alle Modelle gleichzeitig nebeneinander zu finanzieren; auch räumlich und personell sei dies nicht machbar. Hier müsse die Schulkonferenz klare</p>		Ref. JB
----	--	--	--	---------

	<p>Ein anderer Bürger wirft dazwischen noch ein, dass er der Stadt Stuttgart einen Hort für 50 Kinder mit Betreuung durch einen gemeinnützigen Verein angeboten habe, was jedoch abgelehnt worden sei.</p>	<p>Entscheidungen treffen. Die Eltern könnten dann auswählen, welches Betreuungsangebot sie für ihr Kind wahrnehmen wollen.</p>		
--	---	---	--	--

<p>21</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Hortplätze Kita Kolpingstraße</p> <p>Eine Bürgerin beschreibt die Situation am Hort in der Kolpingstraße. Man habe vor Ort eine gute personelle und pädagogische Betreuung der Kinder. Inzwischen habe die Stadt Stuttgart jedoch mitgeteilt, dass der Hortbetrieb auslaufen würde und in den nächsten Jahren keine älteren Hortkinder mehr aufgenommen werden. Sie fragt, wie das Schulentwicklungskonzept der Grundschule im Steinhaldenfeld aussehen würde.</p>	<p>Frau Bürgermeisterin Fezer weist darauf hin, dass es einen Wechsel auf der Position der Schulbürgermeisterin gegeben habe und sie erst ab 1.8. für das Thema zuständig sei. Zur konkreten Entwicklung der Schule könne sie im Moment noch nichts sagen, insgesamt habe sie eine pauschalierte Antwort gegeben. Prinzip wäre, dass Hortplätze nur abgebaut werden, wenn andere Betreuungsstrukturen für die Kinder wie eine Ganztagschule als Kompensation geschaffen werden. Sie werde dies überprüfen und ihr eine schriftliche Antwort zukommen lassen, auch über die Entwicklung der Schule.</p>		<p>Ref. JB</p>
-----------	--	--	--	----------------

22	<p><u>Thema:</u></p> <p>Bauflächen in Bad Cannstatt</p> <p>Ein Bürger möchte wissen, wann neue Baugebiete für Ein- bis Dreifamilienhäuser ausgewiesen werden. Seine Töchter würden gerne in Bad Cannstatt wohnen und Familien gründen. Auch für die Leistungsträger der Gesellschaft müsse es entsprechende Angebote geben.</p> <p>Er kritisiert, dass man in kurzer Zeit für Flüchtlinge und Asylbewerber Baumöglichkeiten eröffnet habe, deshalb fragt er nach, wann es für Cannstatter Bürger Baumöglichkeiten gebe.</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass man rechtlich verpflichtet sei, die Flüchtlinge in Stuttgart unterzubringen. Es gebe einen entsprechenden Verteilungsschlüssel. Man wolle eine gute und dezentrale Unterbringung und keine großen Unterkünfte. Dabei müsse man auch das Baurecht beachten. Man habe viele Systemfertigbauten errichtet. Mit einer guten Unterbringung könne die Integration besser und leichter funktionieren, zumal die Menschen nach der Anerkennung noch eine gewisse Zeit in den Unterkünften wohnen werden. Dies gelte bundesweit als Erfolgsmodell.</p> <p>Die Stadt Stuttgart habe nicht sehr viele Bauflächen. In Stuttgart wäre eher eine Verdichtung möglich, vor allem im geschoßflächigen Bau und weniger in Einfamilienhäusern. Es gebe eine Alternative, die eine Mehrheit im Gemeinderat jedoch nicht wolle. Dies wären die Felder und Äcker, die die Stadt umgeben würden. Dies seien jedoch auch sehr wertvolle Flächen. Man müsse politisch entschei-</p>	X	
----	---	---	---	--

		den, ob man die Landwirtschaft im Stadtgebiet erhalten wolle. Für die Mehrheit des Gemeinderats mache die Lebensqualität in Stuttgart aus, dass 50 % nicht bebaut ist, somit Wälder, Parks und landwirtschaftliche Flächen vorhanden sind. Er wisse nicht, wo in Bad Cannstatt entsprechende neue Baugebiete ausgewiesen werden könnten.		
--	--	--	--	--

23	<u>Thema:</u> Tourismus / Stadt am Fluss Das Problem Bad Cannstatts liege der Einschätzung eines Bürgers nach vor allem darin, dass die Potenziale des Stadtbezirks nur punktuell wahrgenommen würden. Die Chancen und Perspektiven im Städtebau bestünden darin, dass der Stadtbezirk mit Fluss und Altstadt als Ganzes wahrgenommen und entsprechend besucht werden sollten. Als Beispiel nennt er Besucher der Wilhelma, die anschließend noch auf der anderen Neckarseite die Altstadt Cannstatts besuchen, um dort möglicherweise auch einzukaufen. Dazu bedürfe es eines integrativen Konzepts zur	Herr Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass man das Thema Stadt am Fluss als Gesamtgestaltungsthema für Bad Cannstatt aufgenommen habe. Man sei gerne bereit, im Rahmen der Zukunftswerkstatt die entsprechenden Konzepte vorzustellen. Mit der Fertigstellung des Rosensteintunnels werde es eine wesentliche Verbesserung und Beruhigung des Bereichs vor der Wilhelma geben, was man auch konzeptionell ausnützen wolle.	X	
----	--	--	---	--

	<p>Verknüpfung der einzelnen touristischen Punkte; wozu auch die Bootsanlegestellen gehörten. Im Innenstadtbereich müsse man auch überlegen, was gestalterisch am Flusssufer möglich wäre und ob die Überkinger Straße, die die Altstadt vom Neckarufer trennt, als starke Verkehrsschneise für die Zufahrt zum Pragsattel erhalten bleiben müsse. Diese Straße würde das Potenzial der Stadt am Fluss beschränken und die Attraktivität für Tourismus und Bürger stark reduzieren.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold fügt ergänzend hinzu, dass man derzeit dabei sei, im Austausch mit der Zukunftswerkstatt Möglichkeiten zu finden, Cannstatt wieder besser an den Fluss zu bekommen. Man bereite auch einen Wettbewerb vor, um zu sehen, was nach Fertigstellung des Rosensteintunnels vor allem am Neckarknie entwickelt werden könnte. Außerdem überlege man derzeit, wie man mit der alten Eisenbahnbrücke als Geh- und Radweg umgehen werde. Diese Themen seien alle angestoßen worden und in der Planung enthalten. Er erinnert auch daran, dass die Wasenquerung kommen werde, was eine deutliche Verbindung über den NeckarPark in die Altstadt von Bad Cannstatt darstelle.</p>		
--	---	--	--	--

24	<p><u>Thema:</u></p> <p>Wohnungsbau / baurechtliche Probleme</p> <p>Es gehe einem Bürger um die Diskrepanz im Bereich Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Auf der einen</p>	<p>Der Oberbürgermeister antwortet, er solle dem Baubürgermeister im Anschluss die Un-</p>		Ref. StU
----	--	--	--	----------

	<p>Seite wolle man im Rahmen des wohnungsbaupolitischen Ansatzes der Stadt mehr Geschossigkeit und Innenraumverdichtung haben, auf der anderen Seite stünde das Baugenehmigungsverfahren. Er wolle im Sanierungsgebiet ein altes Wohnhaus aus 1895 ersetzen durch ein Mehrfamilienhaus zur Schaffung von preiswerten Mietwohnungen. Die Nachbarhäuser seien dreieinhalbgeschossig. Das Baurechtsamt lehne eine gleiche Bebauung ab und berufe sich auf einen Bebauungsplan aus dem Jahre 1890. Deshalb dürfe man nur zweieinhalbgeschossig bauen. In der Vergangenheit habe man jedoch den umliegenden Häusern entsprechende Ausnahmegenehmigungen erteilt. Er fragt, warum diese heute nicht mehr erteilt werden.</p>	<p>terlagen zur Prüfung geben.</p>		
--	--	------------------------------------	--	--

<p>25</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Klimaschutz / Energiewende</p> <p>Stuttgart habe im Gegensatz zum Land kein detailliertes Klimaschutzkonzept, jedoch ein Energiekonzept mit dem Titel 'Urbanisierung der Energiewende'. Dies müsse aus seiner Sicht auf die Stadtbezirke übertra-</p>	<p>Herr Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass die Urbanisierung der Energiewende im Rahmen der Strategie der Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema ist, an dem man</p>	<p>X</p>	
-----------	--	---	----------	--

	<p>gen werden, damit es wirksam wird. Der Bürger habe den Eindruck, dies sei der Stadt nicht wichtig.</p>	<p>intensiv arbeite. Man müsse mittel- und langfristig ohne Atom- und Kohlestrom auskommen und man arbeite mit den neuen Stadtwerken und der Energieabteilung im Umweltamt an Alternativen. In einem Lenkungskreis werden diese Fragen besprochen; man wolle systematisch Energie einsparen und erneuerbare Energien im Rahmen urbaner Energiesysteme umsetzen. Dies habe hohe Priorität für alle Stadtteile.</p>		
--	--	---	--	--

26	<p><u>Thema:</u></p> <p>Wohnungsbau NeckarPark</p> <p>Eine Bürgerin habe gehört, dass die Zahl der Wohnungen im NeckarPark um fast ein Drittel erhöht wird und der Anteil an sozial gefördertem Wohnungsbau ebenfalls deutlich ansteigen soll. Ihr wäre eine gute soziale Durchmischung im Wohngebiet wichtig, damit es nicht zu einer Schaffung eines sozialen Brennpunkts kommt. Sie möchte wissen, ob der Bezirksbeirat hierzu noch gehört werde, bevor ein Beschluss gefasst wird.</p>	<p>Herr Bürgermeister Pätzold erläutert, dass sich die Zahl der geplanten Wohneinheiten im NeckarPark nicht verändert habe. Es seien 450 Wohnungen auf dem ehemaligen Güterbahnhofareal vorgesehen, zusammen mit dem Gebiet Veielbrunnen dann insgesamt 600 Wohneinheiten. Vorgeschlagen werde, die Anzahl der Sozialmietwohnungen in diesem Bereich auf 60 % zu erhöhen. Davon sollen aber nur maximal 30 % belegt werden, sodass der Rest frei vergeben werden könne. 20 % würden mit dem Programm 'Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher' oder 'preiswertes Wohneigentum' besetzt, die restlichen 20 % würden frei finanziert. Diese Mischung würde nicht zu einem sozialen Brennpunkt führen. Man bekomme bezahlbaren Wohnraum in einem ausgewogenen Gemenge.</p>	X	
----	--	---	---	--

27	<p><u>Thema:</u></p> <p>Wohnungsbau NeckarPark</p> <p>Eine Bürgerin habe Sorgen, wie die mittelbare Belegung der 30 % Sozialwohnungen erfolgen wird und wünscht eine genauere Erläuterung. Sie kritisiert, dass sie die Informationen aus der Zeitung entnehmen musste und keine Bürgerbeteiligung stattfand. Weiter fragt sie nach der vorgesehenen Architektur und der Vergabe. Sie möchte Auskunft über die Planungen, da sie befürchtet, dass es eine einheitliche Bebauung durch die SWSG geben werde. Man habe gehofft, dass es eine bunte Durchmischung geben werde mit einer Trägervielfalt.</p>	<p>Herr Bürgermeister Föll bekräftigt, dass durch das neue Verfahren eine Vielfalt sichergestellt sei. Es werde auch Baugemeinschaften geben und eine größere Zahl an kleinteiligen und parzellierten Flächenlosen. Diese schätzt er für das Gebiet auf mindestens 10 bis 15. In einem Interessenbekundungsverfahren könne sich dann, je nachdem was für Wohnungen gebaut werden sollen, jeder beteiligen. Mit Vergabe des Grundstücks sei dann die Auflage verbunden, ein Gutachterverfahren mit in der Regel 3 Architekturbüros und in Abstimmung mit der Stadt Stuttgart durchzuführen. Man wolle Qualität und Vielfalt auch zukünftig sicherstellen. Die Stadt Stuttgart habe nicht viele Flächen, um verstärkt sozialen Wohnungsbau umzusetzen. Man nutze daher das Instrument der mittelbaren Belegung, die das Landeswohnraumförderprogramm ermöglicht. Das bedeutet, dass eine Sozialwohnung auch an einem anderen Ort belegt werden kann, als sie eigentlich gebaut wurde. Die im Gebiet gebau-</p>	X	
----	--	--	---	--

te Wohnung könne dann frei vermietet werden; das Wohnungsbauunternehmen oder die Genossenschaft müsse dann jedoch an einer anderen Stelle aus seinem Wohnungsbestand im Stadtgebiet eine Ersatzwohnung stellen. Dies sei entsprechend vertraglich zu vereinbaren.

Vor Ort könne sich eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur entwickeln. Tatsächlich habe man 30 % Sozialwohnungen, 30 % frei vermietbare Wohnungen, 10 % für das Programm Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher und 10 % für preiswertes Wohneigentum für junge Familien. Die restlichen 20 % könnten zum Beispiel für Baugemeinschaften umgesetzt werden.

Es habe also tatsächlich keine Änderung gegenüber den in Planungswerkstätten und Workshops stattgefundenen Diskussionen gegeben.

<p>28</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Neubau Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium</p> <p>Einem Bürger gehe es um das Viertel Im Geiger / Memberg zwischen Nürnberger Str. und den Schrebergärten. Man habe vor, eine 40 Jahre alte Schule abzureißen und in vier Jahren ein neues Schulgebäude zu errichten. In den Planungen seien die Wechselwirkungen mit dem Viertel nicht bedacht worden. Man beginne bereits mit Vorbaumaßnahmen, obwohl kein Bebauungsplan existieren würde, auch eine Baugenehmigung sei noch nicht ausgesprochen worden. Diese Vorbaumaßnahmen seien zwingend Teil für den Neubau des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums. Er fragt, ob dies so korrekt wäre und welche Rechtsgrundlage es dafür gebe.</p> <p>Die Schule werde nach seiner Kenntnis statt 2-zügig 4-zügig ausgebaut und es werden Kinder aus anderen Stadtvierteln dort hingehen. Es werde Verkehrsprobleme geben, da die Hauptzufahrtsstraße, die Remstalstraße, nur alternierend befahren werden kann. Hierdurch werde eine Verdichtung zu Lasten des Viertels erreicht. Seiner Ansicht nach würden dort zwei schutzwürdige Gruppen gegeneinander ausgespielt: die Anwohner der Tempo 30 – Zone gegen die Menschen mit Behinderung. Er findet, dass Inklusion</p>	<p>Herr Bürgermeister Föll weist darauf hin, dass das Projekt Neubau Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium eine lange Vorgeschichte habe. Es habe intensive Planungsdiskussionen, Werkstattgespräche innerhalb der Schulgemeinde, aber auch mit dem Umfeld gegeben. Die Bausubstanz des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums habe sich als nicht sinnvoll für eine Sanierung erwiesen. Deshalb werde es einen Neubau in 2 Etappen geben, da die Schule während der Bauzeit in Betrieb bleibe. Man habe am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium langfristig den Bedarf für ein 4-zügiges Gymnasium. Dies ist derzeit nicht möglich, da noch eine Außenstelle der Eichendorffschule dort untergebracht ist. Die Schule decke den Bedarf für die Cannstatter Schüler. Wenn man den Neubau nicht umsetzen würde, gebe es langfristig keine Garantie, dass die Bad Cannstatter Kinder auch tatsächlich im Stadtbezirk zur Schule gehen können. Hier müsse man für die jungen Menschen in die Zukunft planen und inves-</p>	<p>X</p>	
-----------	--	---	----------	--

	<p>nur dezentral organisiert werden könne; für Inklusionskinder aus Feuerbach sei es keine Option, im Individualtransport nach Bad Cannstatt zur Schule befördert zu werden.</p>	<p>tieren. Das Bebauungsplanverfahren laufe, alle angesprochenen Themen werden darin angesprochen und einfließen. Die derzeit ablaufenden Maßnahmen seien baurechtlich abgesichert? , so versichert Herr Föll.</p> <p>Herr Bürgermeister Pätzold fügt ergänzend hinzu, dass ihm keine Hinweise vorliegen, dass der Bebauungsplan nicht genehmigt werden würde. Der Projektbeschluss sei einstimmig vom Gemeinderat gefasst worden. Aus seiner Sicht gehe es vor allem um den Schülerbringverkehr und jeder müsse sich selbst überlegen, wie viel Verkehr er verursacht.</p>		
--	--	---	--	--

<p>29</p>	<p>-schriftliche Anfrage-</p> <p>Häufiges Rot-Überfahren in der Schmidener Straße auf Höhe Sophie-Tschorn-Straße. Vor etwa einem halben Jahr schwerer Verkehrsunfall. Lkw hat Rotlicht überfahren. Es ist ein Schulweg zur Grundschule Sommerrain.</p>			
------------------	---	--	--	--

Oberbürgermeister Kuhn bedankt sich für die rege Teilnahme und beendet die Einwohnerversammlung.